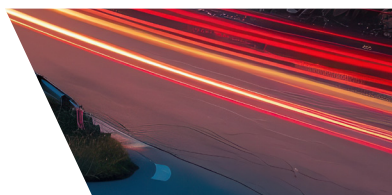
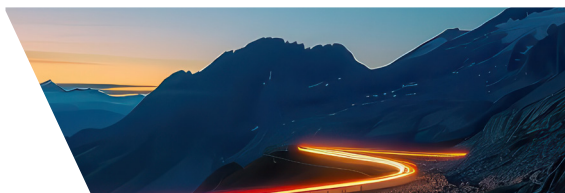


Einfacher ist: einfach besser.

Das erste große Entbürokratisierungspaket
für die Republik Österreich, für alle.

Ein Programm zur Vereinfachung von Leben, Arbeit,
Wirtschaft und Verwaltung.



Einfacher ist: einfach besser.

**Das erste große Entbürokratisierungspaket für
die Republik Österreich, für alle.**

Ein Programm zur Vereinfachung von Leben, Arbeit,
Wirtschaft und Verwaltung.

Wien, 2025

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Minoritenplatz 8, 1010 Wien

+43 1 501150-3320

bmeia.gv.at

Layout: BMEIA

Fotonachweis: Cover: Adobe Stock; S.3: Michael Gruber (BMEIA);

S. 6: Pexels (Anamul Rezwan); S. 20: Adobe Stock

Wien, 2025

Vorwort

„In Österreich ist der Umweg der natürliche Weg.“

Friedrich Hebbel, 1880

Dieser Satz trifft unser Land auf den Punkt. Österreich kann viel – Kreativität, Unternehmertum, Verwaltungskönnen – und trotzdem verlieren wir jeden Tag wertvolle Zeit im Dickicht von Vorschriften, Formularen und Wiederholungen. Zeit, die Menschen für ihre Arbeit, ihre Familien und ihre Ideen brauchen. Zeit, die Betriebe für Wachstum benötigen. Zeit, die der Staat für seine Kernaufgaben bräuchte.

Diese Broschüre ist ein Aufbruchssignal. Wir beginnen etwas, das Österreich längst tun sollte: **Bürokratie vereinfachen, anstatt sie jedes Jahr weiter aufzuschichten.**

Die Ausgangslage ist klar:

56.000 Paragraphen, Genehmigungen, die im Schnitt 222 Tage dauern, digitale Systeme, die Papier nur imitieren. Vieles ist historisch gewachsen, gut gemeint – aber schlecht gepflegt. Wie ein täglicher Stau entsteht Bürokratie selten durch einen großen Unfall, sondern durch unzählige kleine Bremsmomente. **Über ein Jahr ergeben sie Stunden, über ein Leben Tage.***



Staatssekretär

Sepp Schellhorn

Erstmals liegt ein echtes bottom-up-Bild vor:

über **4.000 SEDA-Einmeldungen**, über **300 Gespräche** mit Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben und Verwaltung, Austausch mit allen **neun Bundesländern**, 45,000 gefahrene Kilometer vom Neusiedler- bis zum Bodensee, internationale Best-Practices von Estland bis Australien. Wir haben nicht über Menschen gesprochen – wir haben mit ihnen gesprochen.

Unser Zugang ist ruhig, gründlich und alltagsorientiert. Bürokratieabbau ist kein Showkampf, sondern eine der anspruchsvollsten Arbeiten im Staat. Darum kümmern wir uns um die „**Kiesel im Schuh**“: viele kleine Anforderungen, die einzeln harmlos wirken, in Summe aber den Aufstieg zum Gipfel verlangsamen.

Das Paket umfasst drei Bereiche:

Bürgerinnen und Bürger: weniger Papier, weniger Wege, klarere digitale Verfahren.

Wirtschaft: schnellere Genehmigungen, weniger Dokumentationsflut.

Staat & Verwaltung: klare Zuständigkeiten, moderne Abläufe, Vorbereitung auf die „Alterspyramide“.

Dieses Paket ist ein Startpunkt. Es folgen weitere Maßnahmenpakete, ein Entbürokratisierungsbericht und eine permanente Weiterentwicklung von SEDA, damit wir unseren Prozess laufend analysieren und verbessern können.

**Wir schaffen Raum für das Wesentliche und
geben Österreich Zeit zurück.
Einfacher ist: einfach besser.**



Sepp Schellhorn

* Eine Durchschnittsösterreicherin bzw. ein Durchschnittsösterreicher steht jährlich etwa 90 Stunden im Stau – das entspricht mehr als drei vollen Arbeitstagen. Über ein ganzes Leben hinweg summiert sich dieser Verlust auf rund 7.200 Stunden, also mehr als 300 Tage oder fast ein gesamtes Jahr des Lebens, das im Stau verbracht wird.

Inhalt

Zehn Gründe, warum wir die Bürokratie in Österreich jetzt vereinfachen müssen.....	9
Vom Problem zur Lösung.....	11
Was passierte – Arbeit von Anfang an bis Jetzt.....	12
Was jetzt passiert – Das erste Paket.....	14
Fragen & Antworten.....	16
Anhang 1 - Ausgewählte Systematisierung MRV 3.12. nach Zielgruppen.....	21
Anhang 2 - SEDA Umfrageergebnisse.....	35
Anhang 3 - Quellen.....	37



Zehn Gründe, warum wir die Bürokratie in Österreich jetzt vereinfachen müssen.

01

Die Vorschriften haben sich vervielfacht.

Seit 1970 ist der österreichische Normenbestand von 8.400 auf rund 56.000 Paragraphen angewachsen – ein historisch gewachsener Normenberg.

02

Bürokratie kostet Zeit, Geld und Nerven.

Formulare dauern Minuten, pro Woche Stunden, pro Jahr Tage – volkswirtschaftlich Milliarden.

03

Unternehmen leiden – besonders KMU.

72 % der KMU berichten, dass der Bürokratieaufwand in den letzten drei Jahren stark gestiegen ist.

04

Der Staat verliert seine Funktionsfähigkeit.

Mehr Regeln bedeuten mehr Kontrollen, mehr Zuständigkeiten, mehr Akten – das Wesentliche kann oft nicht mehr priorisiert werden.

05

Die Menschen verlieren Vertrauen.

Eurobarometer-Daten zeigen: Verständlichkeit und Einfachheit korrelieren direkt mit Vertrauen in die Verwaltung. Österreich liegt im unteren Mittelfeld: Ein Standortnachteil.

06

Digitalisierung scheitert am Papier.

Österreich nutzt E-IDs 2–4 Mal im Jahr; Schweden 638 Mal.

Digitale Systeme funktionieren nicht auf veralteten analogen Regeln.

07

Internationale Beispiele zeigen: Es geht.

Estland erledigt

Verwaltungsvorgänge in Minuten, Dänemark digitalisiert systematisch. Österreich bleibt zurück, weil Prozesse zu kompliziert starten.

08

Österreich fällt im Standortranking zurück.

Baugenehmigungen dauern in Österreich ca. 222 Tage statt 65 in Finnland beispielsweise. Wer so plant, verliert Investitionen.

09

Wir werden älter – die Verwaltung muss bald mit weniger Personal mehr leisten.

In den nächsten zehn Jahren gehen große Jahrgänge in Pension; gleichzeitig steigen Teilzeitquoten (Frauen 51 %, Männer 13 %). Wir müssen jetzt Vorsorgen treffen, um die Verwaltung zukunftsfit zu gestalten.

10

Entbürokratisierung ist Demokratiepflege.

Ein verständlicher Staat stärkt Vertrauen und unternehmerischen Optimismus – und macht Demokratie spürbar.

Vom Problem zur Lösung



1. Ausgangslage: Die vielen kleinen Kiesel – nicht ein großer Fels

Österreich scheitert selten an einem einzigen großen Hindernis. Es sind die vielen kleinen Anforderungen, Wiederholungen und Zwischenschritte, die sich über Jahrzehnte angesammelt haben und heute den Alltag bremsen. Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe schildern immer dasselbe Bild: kein spektakulärer Felsbrocken, sondern ein ständiger Kiesel im Schuh. Jede einzelne Regel wirkt harmlos, aber in Summe entsteht ein System, das Zeit, Energie und Vertrauen kostet. Unser Ziel ist nicht, die Schutzfunktionen des Staates zu schwächen, sondern die Reibungen zu reduzieren, die das Land ausbremsen.



2. Herangehensweise: Skalpell statt Kettensäge

Bürokratieabbau verlangt Präzisionsarbeit. Österreich ist ein Rechtsstaat und ein Rechtsstaat korrigiert nicht mit grobem Gerät. Wir entfernen Überwuchs behutsam, wir schaffen Lichtungen, wir stützen dort, wo Regeln aus der Zeit gefallen sind oder ihre Wirkung längst verloren haben. Jeder Schritt wird rechtsstaatlich geprüft, mit den Fachressorts abgestimmt und so vorbereitet, dass das System stabil bleibt. Wir modernisieren, ohne zu beschädigen. Wir vereinfachen, ohne zu entkernen. Das ist kein Showkampf; es ist saubere, detailorientierte Verwaltungsarbeit.



3. „Zu klein?“ – Warum Entlastung im Alltag groß wirkt

Oft kommt die Frage, ob kleine Änderungen überhaupt etwas bewirken. Die Antwort ist klar: Ja – und zwar genau dort, wo Menschen es spüren. Bürokratie funktioniert wie ein Verkehrsstau: Es ist selten ein einziger Unfall, der den Verkehr lahmlegt. Es sind die vielen kleinen Bremsmomente; drei Minuten hier, fünf Minuten dort. Über ein Jahr ergeben sie Stunden, über ein Berufsleben Tage. Genau so wirkt Bürokratie. Wer diese Reibungen beseitigt, gibt Zeit zurück, schafft Vertrauen und senkt Kosten. Kleine Maßnahmen sind kein „Klein-Klein“, sondern die Grundlage dafür, dass das große Ganze wieder schneller, effizienter und verlässlicher funktioniert.

Was passierte – Arbeit von Anfang an bis Jetzt

Internationale Best Practices (NL, EE, DK, AU); 300+ Gespräche mit Wirtschaft/Verwaltung/Ländern/SEDA; Reformpartnerschaft und Fördertaskforce

Juli - September 2025

März - Juli 2025

Aufbau des
Staatssekretariats
(Team, Strukturen, Themen,
Expertise, etc.)



„Ein Paket dieser Größenordnung entsteht nicht in zwei Gesprächen, sondern in mehr als 300 - vom Boden- bis zum Neusiedlersee.“



Launch von SEDA (seda.gv.at), über 4000 Einmeldungen in den ersten vier Wochen;
Koalitionsabstimmungen mit den Regierungspartnern

Oktober - Dezember 2025

September 2025

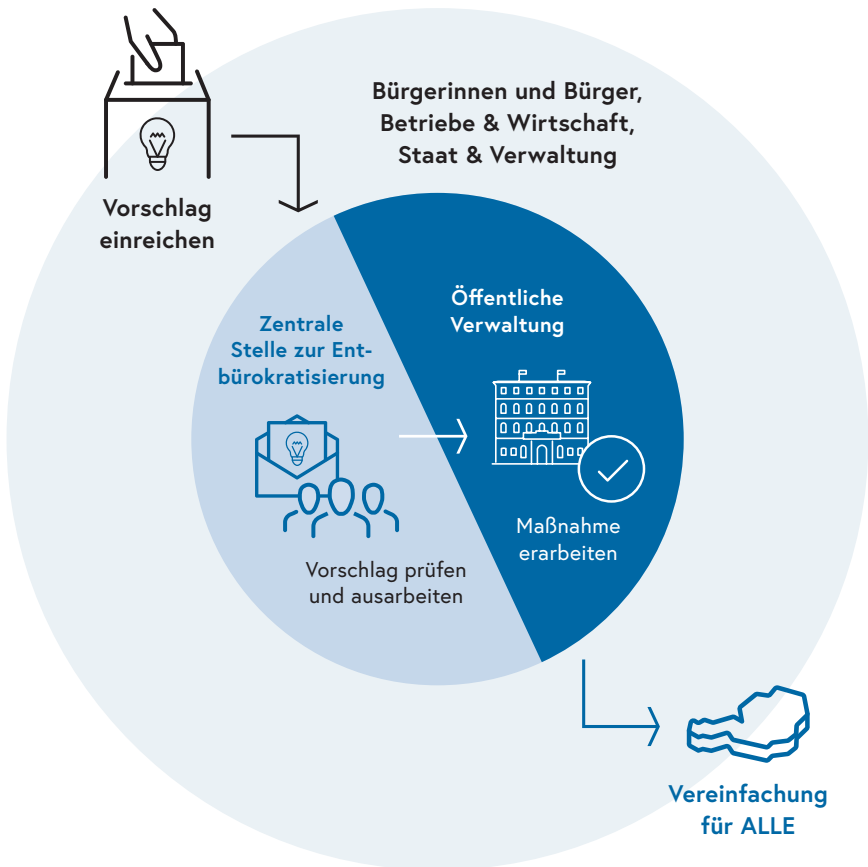
Erste Besetzungen der ausgeschriebenen Stellen

Was jetzt passiert – Das erste Paket

Entstehungsgeschichte des ersten Pakets

Dieses erste Entbürokratisierungspaket ist das Ergebnis eines landesweiten Bottom-up-Prozesses: über 4.000 konkrete Rückmeldungen über die Servicestelle SEDA, mehr als 300 Gespräche mit Bürgerinnen und Bürger, Betrieben, Ländern und Verwaltung sowie eine systematische Analyse der häufigsten Reibungspunkte im Alltag. Jede Maßnahme wurde fachlich geprüft, rechtlich abgesichert und mit den Ressorts abgestimmt – präzise statt brachial, mit Skalpell statt Kettensäge. So entsteht ein Paket, das nicht von oben verordnet wird, sondern dort ansetzt, wo Menschen, Wirtschaft und Verwaltung täglich Zeit verlieren. Das Ergebnis ist ein erster großer Schritt: Wir holen die vielen kleinen Kiesel aus dem System – und schaffen konkrete Vereinfachungen für alle.





Bürgerinnen und Bürger

Erleichterungen,
weniger Nach-
weise, Formulare,
digitale Verein-
fachung



Betriebe & Wirtschaft

Berichtspflichten,
Gewerberecht,
Dokumentations-
aufwand, weg
vom Papier statt
Fristen.



Staat & Verwaltung

Verfahrens-
modernisierung,
Einmal Erfassung,
Struktur



Fragen & Antworten

Warum erst jetzt?

Weil wir zuerst Voraussetzungen schaffen mussten: eine eigene zentrale Stelle für Entbürokratisierung, neue Abstimmungswege und über 300 Gespräche mit Betrieben, Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung. Dazu kamen über 4.000 Meldungen über die SEDA-Plattform, die erstmals ein vollständiges Bottom-up-Bild ergeben. Bürokratieabbau braucht Vorbereitung, nicht Hast.

Was fehlt in diesem Paket?

Dieses Paket ist ein erster Schritt. Manche Maßnahmen erfordern tiefe Abstimmungen zwischen Ressorts oder föderale Beschlüsse. Deshalb folgen weitere Pakete sowie ein antizipierter Entbürokratisierungsbericht.

Was, wenn Länder blockieren?

Viele Maßnahmen betreffen sowohl Bund als auch Länder. Die Länder wurden eingebunden, doch einige Bereiche müssen in Landtagen weiterverhandelt werden. Ziel ist, Doppelgleisigkeiten zu beseitigen und Zuständigkeiten zu klären.

Warum keine EU-Bürokratie?

EU-Regeln spielen eine Rolle, aber Österreich hat enorme hausgemachte Bürokratie: doppelte Meldungen, unklare Zuständigkeiten, analoge Prozesse. Wir müssen zuerst das nationale System modernisieren, um europäische Reformen glaubwürdig mittragen zu können.

Was spart das wirklich?

Österreich braucht für einfache Bauvorhaben wie eine Lagerhalle im Durchschnitt 222 Tage – Dänemark nur 65. Schnellere Verfahren, weniger Doppelarbeit und digitale Anträge sparen Zeit und Kosten.

Was ist ein Erfolg am Ende?

Wenn Bürgerinnen und Bürger weniger Wege haben, KMU weniger Berichtspflichten, Verfahren schneller werden und der Staat wieder funktionsfähiger wird. Erfolg wird am Ende der Legislaturperiode messbar.

Kommt noch mehr?

Ja. Das Paket ist der Beginn. SEDA-Eingaben, internationale Modelle und die jährliche Wirkungsmessung bilden die Grundlage für weitere Maßnahmen.

Warum beginnen Sie mit kleinen Maßnahmen?

Weil Österreich kein einzelnes Großproblem hat, sondern viele kleine Reibungen. Wie im Verkehrsstau: Drei Minuten hier, fünf Minuten dort ergeben über Jahre verlorene Lebenszeit. Jede Entlastung wirkt.

Warum „Skalpell statt Kettensäge“?

Ein Rechtsstaat modernisiert präzise. Wir entfernen Überwuchs, korrigieren Doppelgleisigkeiten und schaffen Lichtungen – ohne Schutzfunktionen zu schwächen.

Warum nicht die großen Themen zuerst – Föderalismus, Systemstrukturen?

Weil große Reformen nur funktionieren, wenn operative Grundlagen stimmen. Frühere Großprojekte wie der Österreichkonvent sind ins Stocken geraten. Deshalb Bottom-up statt Top-down.

Wie verhindern Sie neue Bürokratie?

Durch Wirkungsprüfung, die Vermeidung von Gold-Plating und klare Zuständigkeiten. Jede Maßnahme muss Bürokratie abbauen, nicht neue erzeugen.

Welche konkreten Erleichterungen bringt das Paket für Bürgerinnen und Bürger?

Weniger Doppelmeldungen, weniger Beglaubigungen, digital statt Papier, klare Regeln für Freiwilligenarbeit, ein einziger Gang statt zwei für Kinderpass-Themen.

Was bringt das Paket der Wirtschaft?

Weniger Berichtspflichten, schnellere Genehmigungen und weniger Kosten. Fakt: 76 % der CEOs fordern weniger Bürokratie; 88 % aller Unternehmen sehen „weniger Bürokratie“ als wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahme; 72 % der KMU berichten stark steigenden Aufwand.

Wie wird die Verwaltung entlastet?

Durch klare Prozesse, weniger Doppelarbeit und Digitalisierung. Die Alterspyramide zwingt dazu: In den nächsten zehn Jahren gehen große Jahrgänge in Pension; Teilzeitquoten steigen (Frauen 51 %, Männer 13 %).

Wie wird der Fortschritt gemessen?

Durch jährliche Wirkungsmessungen und einen transparenten Bericht über alle Maßnahmen.

Warum sollte man diesem Paket vertrauen?

Weil es auf realen Rückmeldungen basiert: 4.000 SEDA-Meldungen, 300 Gespräche, neun Bundesländer, Best-Practices aus Estland, Finnland, Niederlande und Australien. Diskussionen wurden nicht über Menschen geführt, sondern mit ihnen.



Anhang 1

Ausgewählte Systematisierung MRV 3.12. nach Zielgruppen (Mehrfachnennung gemäß Anwendbarkeit bei Zielgruppen)

Bürgerinnen und Bürger

1. Verlängerung der Pickerl-Intervalle

Heute müssen Autofahrer typischerweise jedes Jahr zur Werkstatt fahren, selbst wenn das Fahrzeug erst 5 Jahre alt und nicht sonderlich viel gefahren ist.

Wir verlängern die Pickerl-Intervalle, damit die Bürgerinnen und Bürger weniger oft in die Werkstatt fahren müssen. Das spart Zeit und Geld.

2. Aufbewahrungspflicht für Pickerl-Gutachten verkürzen

Autofahrer müssten heute ihre Pickerl-Gutachten fünf Jahre lang aufbewahren, obwohl sie diese im Alltag kaum benötigen und die Dokumente häufig verloren gehen.

Wir verkürzen die Aufbewahrungspflicht auf ein praxistaugliches Ausmaß, damit Bürgerinnen und Bürger weniger Papier aufbewahren müssen und der Verwaltungsaufwand sinkt.

3. Den Umstieg auf Wasser-Wasser-Wärmepumpen vereinfachen

Man möchte etwas für den Klimaschutz tun und seine Heizkosten senken – und überlegt, die Gasheizung durch eine Wasser-Wasser-Wärmepumpe zu ersetzen. Das bedeutet aktuell mühsame und aufwändige wasserrechtliche Behördenverfahren, die lange dauern. Zum Schutze des Wassers, das aber durch die Wärmepumpe nicht gefährdet ist.

Wir vereinfachen die Verfahren, damit solche sinnvolle Projekte schneller und unbürokratischer umgesetzt werden können.

4. Bürokratie bei Zwischenbeglaubigung und Unterschriftenbeglaubigung abbauen

Will ich im Ausland heiraten, muss ich bestimmte österreichische Dokumente vorweisen. Damit diese im Ausland verwendet werden dürfen, brauchen sie aber eine offizielle Beglaubigung. Dieser Vorgang ist aufwändig und mühsam und beschäftigt zumindest zwei unterschiedliche Behörden.

Wir wollen diese Beglaubigungen erheblich vereinfachen und den Bürokratieaufwand deutlich verringern. Wenn etwa schon Dokumente elektronisch signiert sind, muss auch die Beglaubigung digital möglich sein.

5. Ausbau des „Digitalen Konsulats“

Österreicherinnen und Österreicher im Ausland müssen für viele konsularische Anliegen – etwa eine Passauskunft oder Lebensbestätigung – noch persönlich zur Botschaft reisen. Das kostet allen Beteiligten wertvolle Zeit – den Bürgern wie auch den Botschaften.

Wir bauen das Digitale Konsulat weiter aus, damit Österreicherinnen und Österreicher im Ausland mehr Services bequem online erledigen können. Weil die digitale Verwaltung nicht an der Staatsgrenze endet.

6. Digitale Abfrage von historischen Meldebestätigungen

Wenn jemand etwa für eine Wohnbauförderung oder ein Auslandsstudium frühere Wohnsitze nachweisen muss, muss die historische Meldebestätigung heute noch persönlich bei der Behörde beantragt werden.

Wir ermöglichen, dass Bürgerinnen und Bürger neben der aktuellen auch ihre historische Meldebestätigung direkt online über die ID Austria abrufen können, sodass Nachweise früherer Wohnsitze ohne Behördengang digital verfügbar sind.

7. Vorlagepflichten von Urkunden reduzieren, sofern diese den Behörden bereits digital zur Verfügung stehen

Man kommt aus dem Staunen oft nicht raus: Wenn man zB einen Ausweis beantragt und die Behörde verlangt, dass man behördliche Dokumente vorlegen muss. Der Staat, der seine eigenen Register nicht kennt.

Wir reduzieren die Vorlagepflichten von Urkunden, sofern die Unterlagen bereits digital im System vorhanden sind. Die Behörde soll dann tunlichst selber in das digital verfügbare öffentliche Register schauen und diese Arbeit nicht auf die Bürger abwälzen. Weil sich das die Bürger – zu Recht – von einer modernen serviceorientierten Verwaltung im Jahr 2026 erwarten dürfen.

8. Ausgewählte Verfahrensschritte bei Erstanträgen für Aufenthaltstitel digitalisieren

Bei einem Erstantrag auf Aufenthaltstitel müssen Antragstellerinnen und Antragsteller heute häufig mit einem Stapel Unterlagen persönlich bei der Behörde erscheinen, obwohl viele Informationen auch digital übermittelt werden könnten. Fehlt dann doch ein Dokument, war die Zeit der Antragsteller wie auch der Sachbearbeiter umsonst.

Wir digitalisieren ausgewählte Verfahrensschritte – insbesondere Datenerfassung, Aktenlage und Uploads – damit Antragstellerinnen und Antragsteller wesentliche erste Verfahrensschritte schnell und einfach online erledigen können. Das entlastet auch die Verwaltung. Denn diese kann sicherstellen, dass zeitaufwändige persönliche Termine nur dann vergeben werden, wenn alle erforderlichen Unterlagen bereits vorliegen.

9. EStG-Vorschreibung mit QR-Code ermöglichen

Bei Steuerzahlungen müssen Bürgerinnen und Bürger derzeit IBAN, Betrag und Verwendungszweck manuell eintippen, was gerade am Smartphone fehleranfällig ist.

Wir versehen Einkommensteuervorauszahlungen mit einem QR-Code, damit Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Überweisungen einfach und fristgerecht per Scan durchführen können.

10. Elektronische Kommunikation im Versicherungsrecht ausbauen

Versicherte erhalten viele Vertragsänderungen oder Informationen ihrer Versicherungen heute noch in dicken Papierkuverts, weil das entsprechende Gesetz nach wie vor die Schriftform als Normalfall vorschreibt.

Wir verbessern die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die elektronische Kommunikation im Versicherungsrecht, damit Versicherte Informationen schneller digital erhalten und Papierwege entfallen. Das spart in der Versicherungswirtschaft bis zu 1300 Tonnen Papier im Jahr. Das entspricht ca 30.000 Bäumen, die wir jedes Jahr einsparen können.

11. Vereinfachung des Beitritts zur Genossenschaft

Die Energiewende eröffnet zahlreiche moderne Möglichkeiten, sich mit Strom zu versorgen. Ein beliebtes Beispiel ist als Teil einer erneuerbaren Energiegemeinschaft. Weil diese aber oft als Genossenschaften gegründet wurden, wird der Beitritt schnell altmodisch. Wer beitreten will, muss heute oft das entsprechende Formular herunterladen, ausdrucken, ausfüllen unterschreiben und per Post oder persönlich retour übermitteln.

Wir ermöglichen den Beitritt zu einer Genossenschaft künftig auch digital, weil die Bürgerinnen und Bürger zu Recht kein Verständnis für bürokratische Zettelwirtschaft haben.

Unternehmen

1. Förderung der innovativen öffentlichen Beschaffung

Heute müssen interessierte Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen oft unzählige Seiten an Nachweisen und Formularen einreichen. Wer dafür keine Zeit oder Nerven hat, ist von der öffentlichen Beschaffung dadurch

de facto ausgeschlossen. Mit der Folge, dass besonders kleine, innovative Betriebe viel zu oft durch die Finger schauen.

Wir wollen die Vergabeverfahren vereinfachen und die Rolle von innovativen KMUs dabei stärken, indem wir bürokratische Eintrittsbarrieren abbauen und moderne, innovationsfreundliche Ausschreibungen ermöglichen.

2. Verlängerung der Pickerl-Intervalle

Kleine Unternehmen wie etwa Handwerksbetriebe müssen ihre Fahrzeuge jährlich für §57a-Begutachtungen in die Werkstatt bringen. Die Autos fallen eine Zeit lang aus, die Logistik muss neu geplant werden. Das kostet Zeit, Geld und Nerven.

Wir verlängern die Pickerl-Intervalle, damit den KMUs ihre Fahrzeuge seltener ausfallen und die Ausfälle nicht kompensiert werden müssen.

3. Digitalisierung Aufbewahrungspflichten

Viele Betriebe bewahren Rechnungen, Lieferscheine oder Dokumentationspflichten noch in Papierordnern auf, was Platz, Zeit und Suchaufwand kostet. Wir digitalisieren Aufbewahrungspflichten, damit KMUs ihre Unterlagen sicher, effizient und ohne Papierberge dokumentieren können. Ohne Kästen voller Ringmappen, dafür mit digitaler Suchfunktion.

4. Anhebung der Buchführungsgrenzen

Viele KMUs müssen auf doppelte Buchhaltung umstellen, obwohl ihre Betriebsstruktur dafür oft zu klein ist und der Aufwand unverhältnismäßig hoch ausfällt. Die gesetzlich festgelegten Schwellenwerte sind nach Jahren viel zu hoher Inflation aus der Zeit gefallen.

Wir heben die Buchführungsgrenzen an, damit KMUs länger in einfacheren Systemen bleiben und freie Ressourcen für ihre Geschäftstätigkeit haben.

5. Anerkennung englischsprachiger Dokumente

Internationale KMUs müssen oft teure Übersetzungen einholen, obwohl englischsprachige Unterlagen inhaltlich eindeutig und für die Behörde leicht prüfbar wären.

Wir erleichtern den Behörden, englischsprachige Dokumente anzuerkennen, damit Unternehmen Zeit und Kosten sparen und einfacher grenzüberschreitend agieren können.

6. Erleichterung Wasser-Wasser-Wärmepumpen

Man möchte etwas für den Klimaschutz tun und seine Heizkosten senken – und überlegt, die Gasheizung durch eine Wasser-Wasser-Wärmepumpe zu ersetzen. Das bedeutet aktuell mühsame und aufwändige wasserrechtliche Behördenverfahren, die lange dauern. Zum Schutze des Wassers, das aber durch die Wärmepumpe nicht gefährdet ist.

Wir vereinfachen die Verfahren, damit solche sinnvolle Projekte schneller und unbürokratischer umgesetzt werden können.

7. Berichtspflichten für Unternehmen evaluieren und reduzieren

Viele KMUs müssen regelmäßig Berichte erstellen, die in der Praxis kaum genutzt werden, aber interne Ressourcen binden. Gerade kleine Betriebe haben dafür weder Zeit, Personal noch Verständnis. So hat uns etwa ein Ziegelunternehmen über 50 Meldungen beschrieben, die sie regelmäßig abgeben müssen. Von A wie Abfallmeldungen über M wie Montanhandbücher bis Z wie Zertifizierungen. Mit unterschiedlichen Intervallen, überschneidenden Inhalten und vielen praxisfernen Formularen.

Wir reduzieren und vereinfachen unnötige Berichtspflichten, damit Unternehmen weniger Zeit im Büro und mehr Zeit im operativen Geschäft verbringen. Das spart nicht nur Zeit und Geld, sondern auch Nerven.

8. Bürokratie bei Zwischenbeglaubigung & Unterschriftenbeglaubigung abbauen

Will ich im Ausland einen Standort eröffnen, muss ich bestimmte österreichische Dokumente vorweisen. Damit diese im Ausland verwendet werden dürfen, brauchen sie aber eine offizielle Beglaubigung. Dieser Vorgang ist aufwändig und mühsam und beschäftigt zumindest zwei unterschiedliche Behörden.

Wir wollen diese Beglaubigungen erheblich vereinfachen und den Bürokratieaufwand deutlich verringern. Wenn etwa schon Dokumente elektronisch signiert sind, muss auch die Beglaubigung digital möglich sein.

9. Schwellenwerte für Steuermeldungen bei Nebentätigkeiten erhöhen (§109a EStG) anheben.

Ein Softwareentwickler trägt in seiner Freizeit noch ab und an als Vortragender auf der Fachhochschule vor. Wenn sein Verdienst daraus gewisse Schwellenwerte (450 Euro pro Vortrag; 900 Euro im Kalenderjahr) übersteigt, muss sowohl die Fachhochschule als auch der Vortragende die Tätigkeit melden – mit allem bürokratischen Mehraufwand.

Wir werden diese Schwellenwerte erhöhen. Diese wurden seit dem Jahr 2001 nicht mehr angepasst und haben ihre ursprüngliche Wirkung verloren – die kleinen Nebentätigkeiten zu vereinfachen und nicht die Fleißigen zu belästigen.

10. Expertengruppe für Vereinfachung Lohnverrechnung & Arbeitnehmerveranlagung

Die Lohnverrechnung ist für viele ein undurchsichtiger Dschungel aus Sonderregeln, Formularen und Meldepflichten. Gerade KMUs sind deshalb regelmäßig auf ihren Steuerberater angewiesen. Das kostet Geld und Zeit. Wir erkennen an, dass die Lohnverrechnung mittlerweile einfach zu kompliziert geworden ist. Sogar die Steuerberater erklären uns, dass das System grundlegend vereinfacht gehört. Diesem Wunsch gehen wir jetzt nach. Die

Vereinfachung der Lohnverrechnung wird zwar etwas dauern – sie kann aber nicht früh genug kommen.

11. Grundlegende Reform des Abfallwirtschaftsgesetzes

Gerade kleinere Betriebe müssen für Abfallprozesse oft komplizierte Aufzeichnungen und Nachweise führen – als wären sie große Mülldeponien. Abfallwirtschaftskonzept, jährliche Abfallbilanzen oder regelmäßige Umweltinspektionen.

Wir modernisieren das AWG, damit KMUs klare, digitale und leicht handhabbare Abfallpflichten erhalten – angemessen zu ihrem überschaubaren Risiko für Abfall und Umwelt.

12. Güterbeförderung – Mitführpflicht der Konzessionsurkunde abschaffen

Transportunternehmen müssen heute eine beglaubigte Konzessionsurkunde physisch im LKW mitführen. Das Dokument wird nie gebraucht, geht leicht verloren geht und macht jede Kontrolle zu einem bürokratischen Hindernis. Wir digitalisieren die Konzessionsurkunde, streichen die bürokratische Mitführpflicht und vereinfachen somit die tägliche Arbeit für zahlreiche KMUs.

13. Preisauszeichnung bei Beherbergungsbetrieben vereinfachen

Hotels und Pensionen müssen ihre Zimmerpreise im Eingangsbereich aushängen, obwohl die Gäste sich über die Preise so gut wie ausschließlich übers Internet informieren. Niemand liest den Aushang – außer der Kontrolleur bei der Betriebsbegehung.

Wir modernisieren die Regeln, damit Beherbergungsbetriebe Preise klar, digital und zeitgemäß darstellen können – und gar nicht erst vergessen können, veraltete Vorgaben einzuhalten.

14. Doppelprüfungen von Brandmeldern bei Wartungsvertrag einstellen

Unternehmen zahlen jedes Jahr gutes Geld, um ihre Brandmeldeanlagen fachmännisch warten zu lassen. Dennoch kommt jedes Jahr der Kontrolleur, um sicherzugehen, dass die gewarteten Brandmelder auch wirklich funktionieren.

Wir schaffen diese überflüssige zusätzliche Prüfung ab, damit KMUs entlastet und Behörden nicht unnötig gebunden werden.

15. Physische Auflagepflicht des Kollektivvertrags streichen

Betriebe müssen heute noch Papierexemplare des Kollektivvertrags auflegen, obwohl alle Dokumente digital verfügbar sind. Wollen die Arbeitnehmer wissen, was in ihrem Kollektivvertrag drinnen steht, wird gegoogelt, nicht geblättert.

Wir streichen daher die Pflicht der gedruckten Auflagepflicht, damit KMUs Kollektivverträge digital bereitstellen, Papierkosten einsparen und Bürokratie abbauen können.

16. UVP-Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen

Ob eine Seilbahn auf den Wiener Kahlenberg, das Bauprojekt am Heumarkt oder der Bau einer Starkstromleitung in Salzburg – die Umweltverträglichkeitsprüfung dauert lange, ist für alle Beteiligten aufwändig und in der Praxis deshalb durchaus gefürchtet.

Wir wollen deshalb das UVP-Gesetz grundlegend überarbeiten, um die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Damit weder der Wirtschaftsstandort noch die Umwelt auf der Strecke bleiben.

17. Neueinführung eines Betriebsleiterinnen- und Betriebsleiterpatentes für Seilbahnen

Das Seilbahngesetz verlangt, dass Betreiberinnen und Betreiber für jede Seilbahn Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter bestellen muss. Diese müssen von der Behörde für jede Seilbahnanlage einzeln genehmigt werden. Ohne Genehmigung darf die Betriebsleiterin oder der Betriebsleiter also nur die eigene Anlage bedienen – aber nicht die Seilbahn nebenan – auch wenn dort alles gleich gesteuert wird.

Wir vereinfachen die Vorgaben, damit die Betriebsleiterin oder der Betriebsleiter nicht nur einzelne, sondern alle vergleichbaren Seilbahnen bedienen darf. Weil eine flexible Personalplanung nicht von behördlichen Einzelgenehmigungen abhängig sein darf.

18. Veröffentlichung des Jahresabschlusses nach § 277 Abs 2 UGB vereinfachen

Große Aktiengesellschaften sind verpflichtet ihren Jahresabschluss nicht nur an das Firmenbuchgericht zu schicken, sondern darüber hinaus auch im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen.

Da der Veröffentlichung in der Wiener Zeitung kein relevanter öffentlichkeitswirksamer Nutzen mehr zukommt, streichen wir diese Pflicht. Weil niemand in der Wiener Zeitung liest, um in Jahresabschlüssen zu schmökern.

19. Berichts- und Dokumentationspflichten im Energierecht vereinfachen

Derzeit müssen Energieunternehmen bis zu 300 Meldungen pro Jahr abgeben – an unterschiedliche Behörden, mit jeweils unterschiedlichen (und dann doch wieder ziemlich ähnlichen) Daten und in unterschiedlichen Intervallen. So müssen zum Beispiel die Stromlieferanten und Netzbetreiber dieselben Daten einmelden – ein Doppelaufwand, den am Ende der Stromkunde zahlt.

Wir werden uns die zahlreichen und umfangreichen Berichts- und Meldepflichten im Energierecht gezielt anschauen. Wir werden die Formulare vereinfachen, Mehrfachmeldungen streichen und die Einmeldungen möglichst zentralisieren.

Verwaltung

1. Doppelte Ozonberichte abschaffen

Derzeit kontrollieren im Sommer zehn Behörden den Ozonwert in Österreich. Das Umweltbundesamt und die neun Landeshauptleute. Sie alle berichten über die Werte – und zwar täglich.

Wir werden diese Doppelgleisigkeit beenden. Weil die Verwaltung besseres zu tun hat, als täglich zehn Ozonberichte zu veröffentlichen.

2. Förderung der innovativen öffentlichen Beschaffung

Die vergaberechtlichen Vorgaben an die öffentlichen Auftraggeber sind kompliziert, bürokratisch und stehen innovativen Beschaffungsentscheidungen zu oft entgegen.

Wir wollen das Vergaberecht überarbeiten, sodass öffentliche Auftraggeber verstärkt innovative Leistungen fördern kann, ohne dass Bürokratie dem entgegensteht.

3. Ausbau des „Digitalen Konsulats“

Die Botschaften erfüllen für Personen und Unternehmen im Ausland wichtige Aufgaben. Sie sind das Türschild Österreichs in der Welt. Leider sind nachwievor zu viele Prozesse dort noch papierbasiert. Termine müssen persönlich erfolgen. Die Wartezeiten dementsprechend lang.

Wir treiben die Digitalisierung dieser Services konsequent voran – nicht nur in Österreich, sondern auch bei unseren Botschaften. Weil die Bearbeitung eines Reisepasses in der Botschaft nicht bürokratischer und aufwändiger sein muss als daheim in Österreich.

4. Ausgewählte Verfahrensschritte bei Erstanträgen für Aufenthaltstitel digitalisieren

Will man für sich oder andere – man denke zB ein Arbeitgeber für eine potentielle Mitarbeiterin oder einen potentiellen Mitarbeiter – einen Aufenthaltstitel beantragen, dauert das Verfahren viel zu oft viel zu lange. Ein Grund: Die Behörden sind mit persönlichen Terminen ausgelastet, weil das Gesetz diese vorschreibt.

Um die Behörden zu entlasten, vereinfachen wir den Prozess. Wenn es etwa nur darum geht, die erforderlichen Dokumente einzubringen, soll das zukünftig auch zuerst einmal digital gehen. Dann kann die Behörde prüfen, ob alle Unterlagen da sind und ein persönlicher Termin damit überhaupt Sinn macht. Das beschleunigt die Verfahren und entlastet die Behörden.

5. Umfassende Gebührenreform umsetzen

Aktuell gibt es rund 450 unterschiedliche Tarifposten in der Bundesverwaltungsabgabenverordnung. So kostet etwa die Trauung durch den Standesbeamten 5,45 Euro. Die Ausstellung eines Personalausweises 2,10 Euro – die Verlängerung hingegen nur 1 Euro. Wenn die Berechnung der Abgaben mehr Zeit und Geld kostet, als diese überhaupt reinbringen, dann läuft im System etwas falsch. Wir werden uns daher die Abgaben des Bundes durchforsten und eine schlankes, leicht verständliches System schaffen, das für alle nachvollziehbar und leicht administrierbar ist.

6. UVP-Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen

Ob eine Seilbahn auf den Wiener Kahlenberg, das Bauprojekt am Heumarkt oder der Bau einer Starkstromleitung in Salzburg – die Umweltverträglichkeitsprüfung dauert lange, ist für alle Beteiligten aufwändig und in der Praxis deshalb durchaus gefürchtet.

Wir wollen deshalb das UVP-Gesetz grundlegend überarbeiten, um die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Damit weder der Wirt-

schaftsstandort noch die Umwelt auf der Strecke bleiben. Davon profitieren nicht nur die Projektwerber, sondern auch die Verwaltung. Sachverständige werden nicht mehr ständig blockiert, Verwaltungsbeamte können ihre Verfahren pragmatisch und zielgerichtet führen – mit klaren und nachvollziehbaren Regeln für alle.

7. Doppelprüfungen von Brandmeldern bei Wartungsvertrag einstellen

Unternehmen zahlen jedes Jahr gutes Geld, um ihre Brandmeldeanlagen fachmännisch warten zu lassen. Dennoch kommt jedes Jahr der Kontrolleur, um sicherzugehen, dass die gewarteten Brandmelder auch wirklich funktionieren.

Wir schaffen diese überflüssige zusätzliche Prüfung ab, damit KMUs entlastet und Behörden nicht unnötig gebunden werden. Denn auch Verwaltungsbeamte wollen sinnstiftende Arbeiten machen und nicht die Kontrollen kontrollieren.

8. Doppelter Berichte im Anti-Doping-Bundesgesetz abschaffen

Jeder Bericht muss nicht nur geschrieben, sondern auch gelesen werden. Unnötige Berichte verursachen also doppelt Arbeit. Je öfter sie erscheinen müssen, desto mehr Aufwand stellen sie dar.

Wir schaffen daher den quartalsmäßig vorgesehenen Bericht in § 11 Anti-Doping-Bundesgesetz ab, weil der ohnehin jährlich erscheinende Tätigkeitsbericht als Informationsgrundlage völlig ausreicht. Einmal statt viermal schreiben und lesen. Jedes Jahr.

9. Leichtere Heranziehung von nichtamtlichen Sachverständigen

Verwaltungsverfahren verzögern sich, weil die Antragsteller lange auf Fachgutachten warten müssen, weil amtliche Sachverständige rar gesät und dementsprechend ausgelastet sind. Selbst wenn die Projektwerber dafür zahlen wollen, stattdessen verfügbare anerkannte und unabhängige

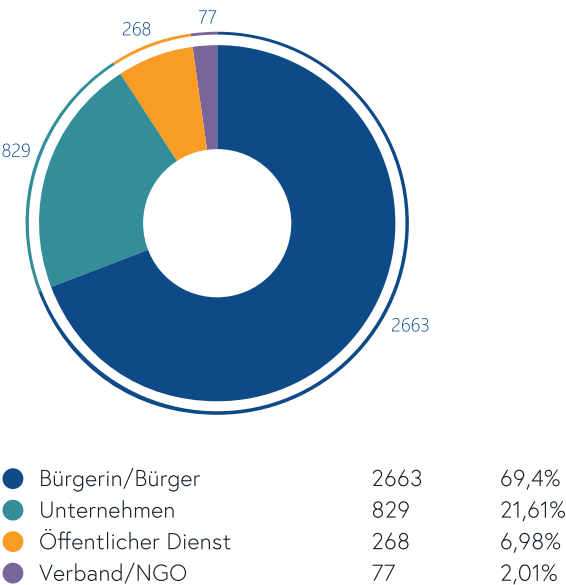
Fachexperten zu engagieren, stehen die strengen gesetzlichen Vorgaben regelmäßig im Weg.

Wir erleichtern die Beiziehung externer Expertinnen und Experten, damit die Behörden schneller zu Entscheidungen kommen können. Das hilft nicht nur der Wirtschaft, sondern entlastet auch die Verwaltung. Damit die Amtssachverständigen für jene verfügbar sind, die auf deren Unterstützung angewiesen sind.

Anhang 2

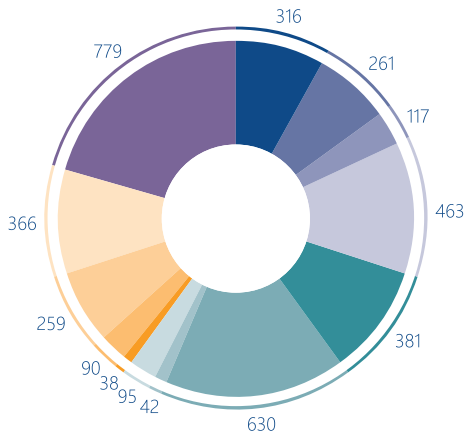
SEDA Umfrageergebnisse (Stand: 02.12.2025)

In welcher Funktion reichen Sie Ihren Vorschlag ein?
(Einfachauswahl)



In welches Themengebiet fällt Ihr Anliegen?

(Einfachauswahl)



Arbeit und Soziales	316	8,24%
Bauwesen und Immobilien	261	6,8%
Bildung & Forschung	117	3,05%
Finanzen	463	12,07%
Gesundheit	381	9,93%
Justiz, Verwaltung und Sicherheit	630	16,42%
Kultur, Medien und Sport	42	1,09%
Land- und Forstwirtschaft	95	2,48%
Datenschutz	38	0,99%
Umwelt und Klimaschutz	90	2,35%
Verkehr und Mobilität	259	6,75%
Wirtschaft, Gewerbe und Vergabewesen	366	9,54%
Sonstiges	779	20,3%

Anhang 3

Quellen:

Europäische Kommission (2024): AMECO Database.

Europäische Kommission (2024): European Economic Forecast – Autumn.

Europäische Kommission (2023): EU eGovernment Benchmark.

OECD (2023): Government at a Glance.

OECD (2023): Digital Government Index.

United Nations (2022/23): UN E-Government Development Index (EGDI).

Eurostat (2024): Labour Force Survey.

Eurostat (2023): Productivity per Person Employed.

Statistik Austria (2024): Öffentliche Finanzen.

Fiskalrat (2024): Fiskalische Prognosen.

PwC/IV (2025): CEO & Leadership Barometer.

Eurobarometer (2022): Future of Government 2030.

Ookla (2024): Global Speedtest Index.

BMJ/RIS (1970–2024): Normenentwicklung Österreich.

Management Club / IMAS: CEO-Barometer 2025

WKO-Positionspapier August 2025: Belastung KMU

bmeia.gv.at